

Zeitschrift: Die Vorkämpferin : verfocht die Interessen der arbeitenden Frauen
Herausgeber: Frauenkommission der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz
Band: 12 (1917)
Heft: 10

Artikel: Kommende Aufgaben
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-351385>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ihrer Lage. In jenen zahlreichen Verschämten der Armsten unter den Armen, die es nicht über sich bringen, von dieser „Wohltat“ Gebrauch zu machen, bäumt sich der Menschenstolz auf. Die Folge ist, daß die Arbeiter den auf die Selbsthilfe gegründeten Vereinigungen zu Hunderten, zu Tausenden zuströmen. Auch der Genossenschaft.

So wird ein immer größerer Teil des Einkommens der Arbeiterschaft der Privatausbeutung entzogen. Mit der dadurch erzielten besseren Lebenshaltung wächst ihr eigenes Sozialkapital. Das setzt die Genossenschaft in den Stand, immer mehr Bedarfsgüter der genossenschaftlichen Warenvermittlung zuzuführen und die Selbsterzeugung auszuweiten, damit sie zur stärksten wirtschaftlichen Macht im Lande werde.

Die sozialdemokratische Partei.

Wie entstand sie? Der aus den Leiden und der Unterdrückung hervorgehende wirtschaftliche Kampf der Arbeiter schuf vor fünfzig Jahren auch ihre politische Vereinigung, die Selbsthilfe der sozialdemokratischen Partei. Diese sucht im öffentlichen Leben sich Geltung und Recht zu verschaffen.

Kann sie das heute? Wenn die Arbeiter ihre stärkste Waffe, den Stimmzettel, richtig gebrauchen, ja. Das ist aber nicht der Fall. Sonst hätten nicht zwei Prozent aller Steuerbürger, 11,700 von 800,000, mehr als die Hälfte des Gesamtvermögens, vier Milliarden Franken in ihrem Besitz. Das Kapital der Aktiengesellschaften und ähnlicher Wirtschaftsvereinigungen ist hierin nicht mitgerechnet.

Wir leben wohl der äußeren Staatsform nach in einer demokratischen Republik, aber zugleich in einer Klassengesellschaft. Diese gilt es zu beseitigen. Das Mittel dazu besteht im Klassenkampf der Arbeiter „zur Niederwerfung der brutalsten und häßlichsten Tyrannei, der des Geldjacks, über die Menschen“.

Die Sozialdemokratie will der ganzen Menschheit zum Besitztum, zur Herrschaft über alle Güter der Erde verhelfen. Sie will ihr die Segnungen der Kultur, das Denken und Schaffen der Großen in Kunst und Wissenschaft erschließen.

Zur Erreichung dieses Zielles hat die Sozialdemokratie der Schweiz mit den Parteien aller Länder international den Kampf gegen die Mächte der Vergangenheit zu führen. Gegen die bürgerliche Ideologie, gegen den Krieg und den Militarismus. Auf daß die Demokratie, das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf dem ganzen Erdenrund zur Herrschaft gelange.

„Aber jedes Volk muß sich selbst befreien.“ Unsere Aufgabe ist es daher, die Demokratie auszubauen. An die Stelle des gekünstelten, den Interessen des Geldjacks dienenden Wahlsystems muß die wahre demokratische Wahlart, der Proporz, die Verhältniswahl treten.

Diesen Willen haben die Nationalratswahlen vom 28. Oktober zum Ausdruck zu bringen. „Die herrschende Partei,“ sagt Greulich am Schlusse seiner Schrift, „hat die Volksinitiative für die Verhältniswahl unter Verletzung des Gesetzes verschleppt. Sie setzt ihre Hoffnung auf die absolute Mehrheit in den von ihr ausgeklügelten Wahlfreien. Sie will ihre Herrschaft so lange wie möglich erhalten und ausbeuten.“

Noch nie haben die Wahlen unter so schweren Zeitumständen stattgefunden wie diesmal. Noch nie haben Arbeiter und Angestellte nötiger gehabt, sich für ihr Dasein zu wehren, wie heute. Wenn dieses Bewußtsein jetzt nicht in aller Kraft erwacht, dann sind wiederum drei Jahre verpaßt. Das Elend wächst, statt abzunehmen.

Die Kriegszeit hat die Kluft zwischen den Besitzlosen und der besitzenden Klasse ungeahnt erweitert. Die Kapitalisten sind viel reicher, die Arbeiter und Angestellten viel ärmer geworden.

Unsicher liegt die Zukunft vor uns. Nur eins ist sicher: Der nächste Winter wird schwere Leiden bringen. Schon

jetzt zeigen sich die Folgen der Unterernährung. Sie werden noch schwerer durch die Unbilden der Witterung in der strengen Jahreszeit.

Jetzt muß jeder Arbeiter zu seiner Klasse stehen! Jetzt muß die Arbeiterklasse in geschlossener Einigkeit vormarschieren! Nur durch die Einigkeit kann dauernde Macht erobert werden.

Die entsetzlichen Verwüstungen des Krieges an Menschenleben und Gütern haben in die weitesten Kreise die Ueberzeugung getragen: Die Welt wird anders aus dem Kriege hinausgehen, als sie in ihn eingetreten ist. Für die Arbeiter kann es nicht schlechter kommen — es muß besser werden!

Wenn ihr die Zeichen der Zeit versteht, dann schart euch um die Sozialdemokratische Partei und stimmt mit ihr!

Ihr aber, arbeitende Frauen und Mütter, die ihr politisch noch rechtlos seid, tretet eine jede wie Gertrud, die Stauffacherin, in Schillers Freiheitsfang Wilhelm Tell neben euren Weg- und Kampfgefährten. Rüttelt ihn auf: „Sieh vorwärts, Werner, und nicht hinter dich!“ Laßt keinen Stimmzettel unbenuzt! Wehrt euch um der Männer Recht, so fördert ihr das eure. Dann wird um so rascher die Zeit erfüllt sein, da ihr als Vollbürgerinnen im Staate, den Genossen gleich, über euer eigenes Geschick und das des Landes mitentscheidet.

M. H.

Kommende Aufgaben.

Erschrück nicht, liebe Leserin, dir wollen wir nicht noch mehr Aufgaben zuweisen; denn du hast als dreifach Ueberbürdete eher zu viel als zu wenig. Aber erinnere dich, daß wir in der letzten Nummer der „Vorkämpferin“ von „Unsern Nationalräten“ sprachen, und du weißt, daß in diesem Monat die Neuwahlen stattfinden. Da fragst du dich als politisch denkende Genossin: Was liegen denn für besondere Aufgaben im Bundeshaufe zur Lösung noch vor? Du wüßtest den Herren ja eine Menge Fragen und Aufgaben, die dringend der Zuangriffnahme bedürften, zu stellen. Aber vorläufig müssen wir uns noch damit abfinden, daß die Herren der Schöpfung unsere staatsbürgerliche Vorkehrung sind.

Du erinnerst dich vielleicht, daß schon vor Jahren unsere Partei, wie in den Kantonen so auch für die Nationalratswahl eine Proporzinitiative einreichte. Sie hätte verfassungsmäßig im Nationalrat schon behandelt werden müssen, aber die gleichen Herren Bourgeois, die uns bei jeder Gelegenheit, namentlich bei Demonstrationen und anderen Kampfmitteln, an die verfassungsmäßigen Rechte und Gesetze unserer Demokratie erinnern, die wir doch ja zu gebrauchen und nicht verletzen dürfen, sie brechen ohne Skrupeln Verfassung und Recht, wenn es ihnen in den Kram paßt. Die Herren Freisinnigen sprechen von Gleichheit und gleichmäßiger Herbeiziehung aller Volksschichten zur Mitarbeit im Staatsleben; aber es bleibt Phrase solange sie nicht endlich auch für den Nationalrat

die Wahlreform

schaffen, die jeder politischen Volksströmung die ihr heute zukommende Vertretung und damit den ihr gebührenden Einfluß auf das Staatsleben sichern. Die Folgen des Krieges sind Not, Armut, Steuerdruck. Es ist möglich, daß viele, die auf die früheren Feststellungen der Sozialdemokraten pfeifen und meinen, es sei leeres Gerede, nun alles an eigenen Leiden verspüren, und darum mit ihrem Stimmzettel an der Urne bekunden, was sie öffentlich immer noch nicht einzugehen wagten, daß einzig die Sozialdemokraten für die Not der breiten Massen Auge und Ohr, aber auch den Willen, bessere Verhältnisse zu schaffen, haben. Wenn die Parteigenossen und -genossinnen durch Agitation und persönliche Aufklärung überall ihre Pflicht erfüllen, ist es möglich, daß durch die kommenden Nationalratswahlen die Pro-

porzgegnen einen solchen Denktettel erhalten, daß ihnen graut und sie dann von selbst dem Majorz den Totenschein ausstellen.

Wir haben in der letzten Nummer schon festgestellt, daß die Finanzreform des Bundes durchaus unbefriedigend ist und unsere Vertreter hier die Aufgabe haben, daß der Beschluß unserer Partei, die direkte Bundessteuer, angenommen würde. Das alles geht dich, liebe Leserin, so gut, ebenso sehr an wie unsere Genossen; denn die Zölle lasten auf deinem Haushalt und sind mitschuld an der ungeheuren Teuerung. Also glaubt ja nicht, daß es irgend einer von uns gleichgültig sein könne, wie die Finanz- und Handelspolitik unseres Bundes beschaffen seien. Bedenke, daß nur unsere Vertreter die Interessen der Arbeiterklasse wahrnehmen.

Du weißt ferner oder hast es vielleicht schon erfahren, wie schlimm und traurig es jenen Arbeitern und Arbeiterinnen ergeht, die Ausländer sind. Das Faulenzer-Gesindel, das in die Großstädte und Kurorte kommt, um sich von den „Entbehrungen“ zu erholen, samt den Schiebern, das wird nicht nur geduldet, sondern verhätschelt, für sie hat man allerlei Rück- und Nachsichten; aber wie viele ausländische Arbeiter waren infolge Arbeitslosigkeit gezwungen, die Schweiz zu verlassen, auch wenn sie nicht zum Kriege einrücken mußten. Die Faulenzer blieben meistens zurück, und die ehemaligen Schweizerinnen, deren Männer abreisten, glaubten ein Recht auf Unterstützung erheben zu dürfen. Nicht überall sind sie abgewiesen worden, aber man bedeutete ihnen doch, sie möchten sich an den Heimatstaat ihres Mannes wenden. Wie viele mußten die Schweiz verlassen und sich nach dem Heimatland ihrer Gatten begeben. So manche Genossin verließ uns, es tat ihr und uns in der Seele weh. Unbekümmert, ob sie Sprache und Anschauungen der noch nie betretenen wildfremden „Heimat“ kennen, sie wurden abgeschoben, daß man der Unterstützungsbedürftigen auf eine bequeme Art los wurde. Man entgegnete: weder Gemeinden noch Staat erhielten irgendwelche Gegenleistungen. Es gab und gibt ja sehr oft in unserem Geschlechte Hartherzige, Nebelwollende und Gedankenlose genug, die da mitheulen: „Fort mit den Ausländern und Ausländerinnen!“ und im gleichen Moment bewundern sie die „fremden Damen“. Leichtsinzig und ohne Sachkenntnis geben sie etwa den billigen Rat: „Sie könnten sich ja einbürgern!“ Sie kümmern sich wenig darum, ob

die Fremden- und Einbürgerungsfrage

schweizerisch gelöst und geregelt sei. Der Bundesrat hat Vorschläge erst angekündigt und die Lehren, die der Krieg mit seinen Folgen brachte, werden vielleicht ansporend wirken, aber die Lösung darf nicht eine halbe sein. Im engsten Zusammenhang mit dieser Aufgabe steht die Schaffung der

eidgenössischen Armengesetzgebung.

Wer kennt nicht die verächtliche Heimtschaffung der Armen von einer Gemeinde in die andere; diese Sammelbilder des Elends und der Verzweiflung!

Wie verschieden wurden doch durch die Dorfmatadoren die Wehrmanns- und Kriegsnotunterstützungen gehandhabt! Wie mancher meinte, er sei vollauf berechtigt, statt Hilfe moralische Belehrungen oder gar Beschimpfungen zu erteilen! Es gibt Kantone und Gemeinden, die genügend verabschieden und ohne Schikanen ihre Armen- und Almosenempfänger noch einigermaßen menschlich behandeln, während andere geradezu verächtlich sind, wie sie namentlich hilflose Mädchen und Frauen verschächern. Der Bund muß an Stelle des Heimatprinzips das Wohnortsprinzip treten lassen und durch Beiträge Kantone und Gemeinden, die zu große Armenlasten haben, unterstützen.

Als Arbeiterin wirst du mit uns einverstanden sein, wenn wir verlangen, daß die

soziale Gesetzgebung

größtzügiger ausgebaut werde. Das verpfuschte Fabrikgesetz ist zwar angenommen, aber der Bundesrat hat von seinem Recht, es in Kraft zu setzen, noch keine Anwendung gemacht, und darum hat der schweizerische Gewerkschaftskongress am 8. und 9. September eine Resolution angenommen, in der gegen die bisherige Mißachtung der berechtigten Arbeiterinteressen protestiert wird und er fordert den Bundesrat auf, das neue Fabrikgesetz auf 1. Januar 1918 in Kraft zu erklären.

Auch ein schweizerisches Gewerbegesetz, das vorbereitet gewesen war, ist verschoben worden.

Einzelne Kantone haben wohl ganz ungenügende Arbeiterinnen- und Lehrlingsgesetze, aber die Arbeiterschaft muß ihre ganze Kraft aufbieten, damit die Gewerbetreibenden das Gewerbegesetz nicht nur nicht verschieben, sondern gar verabschieden oder dann es zu einem Krüppel werden lassen. Jugendorganisation und Arbeiterinnenvereine, die Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen, haben alles Interesse und darum die Aufgabe, sich hier tüchtig ins Zeug zu legen, wenn auch dieses Gesetz zur Realisierung kommen soll.

Während vor allem die Bauern an den Bund immer neue Ansprüche erheben und Subventionen und Vorrechte aller Art erhalten, ihr Sekretär Dr. Zaur kann nur rufen: „Zischlein deck' dich!“ und gleich wartet der Bundesrat auf; aber wir, die Arbeiterschaft, muß mit Bettelstuppen und Almosen zufrieden sein. Noch hat der Bund zu einer

staatlichen Förderung der Arbeitslosenversicherung

nichts getan. Also Aufgaben wären genügend noch zu übernehmen, die erst im Anfangsstadium sind. Es wird aber nichts geschenkt, meine Liebe, es muß von der Arbeiterklasse alles erkämpft werden; denn selbstverständlich verlangen die herrschenden Klassen von der Mutter Selbstia auch vielerlei, voran die Industriellen, Herrenbauern und Militäristen. Die nehmen bekanntlich's Maul ganz voll und sie rüsten sich vor allem auch auf den Wahlkampf mit allen ihnen zu Gebote stehenden Machtmitteln: das ist ihr Geld, ihre Presse, ihre ergebenen, kriechenden Handlanger.

An uns Genossinnen liegt es, unsere Reife für das Frauenstimm- und -wahlrecht zu beweisen, indem wir an allen politischen Aktionen regen, tätigen Anteil nehmen; auch wir können viel beitragen zur Eroberung von möglichst vielen Stimmen für unsere Kandidaten, wenn wir die Gleichgültigen und Saumfälligen aufrütteln, uns nicht abschrecken lassen, immer und immer wieder „anbohren“. Aber die Wahlagitatorien müssen wir auch benutzen, um unseren Parteiorganisationen neue Mitglieder zuzuführen, es soll kein Arbeiter und keine Arbeiterin „zu jung“ und keine zu alt sein. Darum müssen wir selbstverständlich unsere „Vorkämpferin“ folportieren und auch für die Parteipresse Abonnenten heilen.

Unsere Genossen sollen uns an der Arbeit sehen, dann können und müssen sie die „Reife“ anerkennen. Die Arbeit, die wir hier leisten, ist unbedingt für uns und die Kinder, für die ganze Arbeiterklasse getan, die nicht ohne Kämpfe ihr Ziel erreichen kann. —ob—

Was lehrt uns Frauen die Teuerungsdemonstration?

Welch merkwürdig verändertes Straßenbild hatte unsere Stadt am Demonstrationsmorgen. Kein Tram klingelte, kein Auto rasselte, kein Lastwagen knatterte. Still und ruhig lagen die Straßen. Nur hier und da begegnete man in den Außenquartieren dem heimkehrenden Marktwagen eines Bauern. Sein Lenker war heute umsonst zu Markt gegangen, denn auf dem Donnerstagmarkt des großen Arbeiterquartiers konnte kein Händler auffahren diesen Morgen. Totale Arbeitsruhe, totale Verkehrseinstellung wollte heute die Arbeiterschaft durchführen, um ihrer Forderung für eine gerechte Lebensmittelversorgung Ausdruck zu geben und zu